

CONV 479/03

CONTRIB 184

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

des Sekretariats  
für den Konvent

---

Betr.: **Beitrag vorgestellt von Frau Pervenche Berès, stellvertretendes Mitglied, und  
Herrn Klaus Hänsch, Mitglied des Konvents:  
" Kernelemente einer Europäischen Verfassung "**

---

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen gemeinsamen Beitrag der französischen sozialistischen Delegation und der deutschen SPD-Delegation im Europäischen Parlament, vorgestellt von Frau Pervenche Berès, stellvertretendes Mitglied, und Herrn Klaus Hänsch, Mitglied des Konvents, erhalten.

\_\_\_\_\_

Deutsch-Französischer Vorschlag

Brüssel, den 10.12.2002

**GEMEINSAMER BEITRAG DER FRANZÖSISCHEN SOZIALISTISCHEN DELEGATION UND DER DEUTSCHEN SPD-DELEGATION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT. VORGESTELLT VON PERVENCHE BERES UND KLAUS HÄNSCH.**

## **Kernelemente einer Europäischen Verfassung**

Zu dem Skelett Verfassungsentwurf vom Präsidenten des Konvents Giscard d'Estaing nehmen die Abgeordneten der PSF und der SPD im Europäischen Parlament folgendermaßen Stellung:

### **1) Union der Staaten und der Völker**

Die Europäische Union muss ihre doppelte Legitimation als Union der Staaten und der Völker auch in der Europäischen Verfassung bewahren. Im Verfassungsvertrag sollte das Ziel der Verwirklichung einer "immer engeren Union der Völker Europas" beibehalten werden. Die EU kann zur umfassenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Bürgerinnen und Bürger, der Gebietskörperschaften, sowie der Zivilgesellschaft beitragen.

2) Die Europäische Union gründet auf dem geistigen und moralischen Erbe der europäischen Staaten und der Völker Europas. Sie ist eine Wertegemeinschaft. Neben Demokratie, Rechtsstaat, Schutz der Menschenrechte sind auch die Werte der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit hinzuzufügen. Zu den Zielen der Union müssen die soziale Marktwirtschaft, die Vollbeschäftigung und die nachhaltige Entwicklung gehören.

Neben dem sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt muss auch der territoriale Zusammenhalt in den Zielkatalog aufgenommen werden.

Die Dienste von allgemeinem Interesse sind weiterzuentwickeln und dürfen nicht allein der Logik des Binnenmarktes unterworfen sein. Die Kapazität der EU, das europäische Gemeinwohl zu wahren und mit Regeln und Programmen in die Tat umzusetzen ist zu stärken.

3) Die Charta der europäischen Grundrechte muss ohne Substanzverlust in die Europäische Verfassung übernommen werden. Bei den Querschnittsartikeln 51-54 darf es nur redaktionelle, aber keine substantiellen Änderungen geben, wobei jegliche Begrenzung des Anwendungsbereiches der Charta ausgeschlossen sein muss.

Die Unionsbürgerschaft sollte auch Schutzelemente für Menschen aus Drittstaaten enthalten, die in der Union wohnen und sich in die Union integrieren wollen.

Die Möglichkeit eines Verfahrens, das direkten Zugang zur EU-Bürgerschaft gewährt, muss vorgesehen und gefördert werden.

4) Die Europäische Union erhält Rechtspersönlichkeit, damit die Union nach innen und nach aussen handlungsfähig ist. Die Pfeilerstruktur wird zu Gunsten eines einheitlichen Textes aufgehoben. Der Verfassungsvertrag hat zwei Teile, einen ersten Teil mit den grundsätzlichen Bestimmungen und einen zweiten Teil mit den Politiken, Protokollen und Anhängen der bisherigen Verträgen.

5) Die Institutionen der Europäischen Union sind folgendermassen zu organisieren:

a) Die Gesetzgebung erfolgt durch das Europäische Parlament und den Ministerrat als Legislativrat.

b) Der Präsident der Europäischen Kommission wird nach den Europawahlen vom Europäischen Parlament gewählt.

c) Der Präsident der Kommission entscheidet im Einvernehmen mit dem Rat über die Anzahl der Kommissare. Er hat die Kompetenz für die interne Organisation des Gremiums, insbesondere die Zuweisung der Ressortzuständigkeiten.

d) Der Europäische Aussenminister (Mr. PESC) wird Vizepräsident der Europäischen Kommission, nachdem er vom Europäischen Rat vorgeschlagen und vom Europäischen Parlament bestätigt wurde. Er ist gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Rat verantwortlich. Eine Regouvernementalisierung bereits vergemeinschafteter Bereiche wie Handelspolitik und Entwicklungspolitik wird abgelehnt.

e) Wenn das Europäische Parlament der Europäischen Kommission das Misstrauen ausspricht und innerhalb von drei Monaten keinen neuen Präsidenten wählt, kann das Europäische Parlament aufgelöst werden.

f) Der Europäische Rat reorganisiert seine Präsidenschaft in einer Weise, mit der Ziele eine grössere Kontinuität und Effektivität ermöglicht.

g) Die nationalen Parlamente müssen in die Lage versetzt werden, besser und intensiver die Kontrolle über die Europa-Politik ihrer Regierungen auszuüben.

h) Die Idee des Konvents mit Beteiligung aller Parlamente und aller Exekutiven sollte weiter verfolgt werden. Der Konvent kann auch in Zukunft seine Rolle bei Änderung der beiden Teile des Verfassungsvertrages und der Organgesetze spielen. Der Konvent kann bei Bedarf einberufen werden und ist die zuständige Institution zur Ratifizierung von Änderungen am zweiten Teil des Verfassungsvertrages.

6) Der Verfassungsvertrag sollte eine Klausel für die Ratifizierung und Änderung enthalten, die eine Annahme der Verfassung ermöglicht, auch wenn nicht alle Mitglieder zustimmen.